

„Fraktion im Dialog“ auf dem CSD-Strassenfest in Köln



Auf dem Bild v.l.n.r.: Ina Spanier-Oppermann MdL, Ingrid Hack MdL, Rolf Mützenich MdB, Susana dos Santos Herrmann MdR, Sven Wolf MdL, Stephan Gatter MdL, Jochen Ott MdL

Willkommen!

Mit diesem Gruß, der aktuell auch ein Bekenntnis für Integration und Vielfalt ist, erweiterten wir, KölnSPD, Schwusos und Kölner SPD-Abgeordnete, das diesjährige CSD-Motto „anders.Leben!“

Willkommen sagten wir auch am Info-Stand der Landtagsfraktion beim Straßenfest am Samstag und freuten uns über den Besuch und die Unterstützung von Ina Spanier-Oppermann MdL (li., queerpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion NRW) und Sven Wolf MdL (3. v. re., Vorsitzender des Parl. Untersuchungsausschusses zum NSU) sowie Regina Kopp-Herr (Sprecherin der SPD-Fraktion für Frauen und Gleichstellung). Bis zum Elfmeterschießen am späten Samstagabend führten wir zahlreiche Gespräche zur Arbeit der Fraktion, hörten kritischen Anmerkungen zu und brachten per Glücksrad-Quiz viele Informationen über NRW an interessierte Menschen.

Übrigens: Am 20.8. Wird die „Fraktion im Dialog“ in Rodenkirchen zu Gast sein.

*Sehr geehrte Damen und Herren,
 liebe Genossinnen und Genossen,*

Das letzte Plenum vor der Sommerpause ist geschafft! Dabei wurde in Düsseldorf wieder viel debattiert und auf den Weg gebracht.

So gibt's auch in diesem Newsletter ein buntes Potpourri an Themen: etwa das neue Wasserstraßen-, Hafen- und Logistikkonzept, die Aufwertung des kommunalen Ehrenamts oder die Änderungen im Polizeigesetz.

Außerdem in diesem Newsletter: Ein Bericht zum Jugendlandtag von unseren diesjährigen Kölner Jugend-MdL.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen und eine schöne Sommerzeit!

Für die Abgeordneten,

Ihr 



Die Kölner SPD-MdL

Gemeinschaftsbüro der Kölner SPD-Landtagsabgeordneten

Tel: 0221 - 99 55 99 74 | Fax: 0221-99 55 99 76
 koelnerspmdl@landtag.nrw.de
 eva.sundermann@landtag.nrw.de
 judith.silbernagel@landtag.nrw.de

**DIE KÖLNER SPD -
 LANDTAGSABGEORDNETEN**

Für Sie gehen wir bis nach Düsseldorf!

Martin Börschel | Stephan Gatter | Ingrid Hack | Gabriele Hammelrath | Andreas Kossiski | Jochen Ott | Lisa Steinmann

Neues Wasserstraßen-, Hafen- und Logistikkonzept

Über den Logistikstandort NRW wurde am vergangenen Plenums-Mittwoch im Landtag debattiert. Thema war dabei das neue Wasserstraßen-, Hafen- und Logistikkonzept, über das die Landesregierung informierte. Das Konzept sieht u. a. vor, dass die verkehrliche Anbindung der Binnenhäfen verbessert wird. Außerdem sollen an den Standorten von Häfen in NRW Flächen für Umschlag und Logistik freigehalten und auch der Umweltschutz gefördert werden. Ein nachhaltiges Konzept also, das überdies auch von zahlreichen Experten gelobt wird. Auch Jochen Ott ist mit dem neuen Konzept hochzufrieden. Er sprach im Plenum gleich zweimal zu dem Thema, nachzulesen hier:

Rede von Jochen Ott:

Plenarprotokoll

Aufwertung des kommunalen Ehrenamtes soll nun auch Gesetz werden

Damit auch kommunale Räte die Vielfalt der Gesellschaft repräsentativ abbilden können und es nicht weiterhin nur einer ‚Elite‘ vorbehalten ist, sich nebenberuflich in die Kommunalpolitik einzubringen, hat sich der Landtag NRW intensiv bemüht, die Rahmenbedingungen für das kommunale Mandat im Ehrenamt zu verbessern und zu stärken – das war Aufgabe der Ehrenamtskommission unter dem Vorsitz von Lisa Steinmann, aus deren Handlungsempfehlungen nun der aktuell vorgelegte Gesetzentwurf zur STÄRKUNG DER KOMUNALEN SELBSTVERWALTUNG hervorgegangen ist.

Nach der bereits erfolgten Anhebung der Aufwandsentschädigungen und den maßgeblichen Verbesserungen von Fraktionsausstattungen und -mitteln per Erlass, greifen wir nun die ausstehenden Handlungsempfehlungen auf, die Änderungen in der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen, der Kreisordnung, der Landschaftsverbandsordnung sowie dem Kommunalwahlgesetz bedürfen.

Der Gesetzentwurf beinhaltet zahlreiche Verbesserungen für ehrenamtliche kommunale Mandatsträger. Er unterstreicht die für uns wichtige Stärkung des kommunalen Engagements. Der Gesetzentwurf umfasst umfassende Neuregelungen: wie die Schaffung einer Ermächtigungsgrundlage zur Einführung eines landesweit einheitlichen Mindest- und Höchstsatzes für den Verdienstaufschlag, die Anhebung der Mindestfraktionsgrößen in den kommunalverfassungsrechtlichen Vorschriften sowie eine klarstellende Regelung in der Gemeindeordnung, dass eine Kommune für spezifische gesellschaftliche Gruppen – wie zum Beispiel Senioren oder Menschen mit Behinderung – Interessenvertretungen oder Beiräte bestellen kann.

Wir hoffen, dass wir im weiteren parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren einen breiten fraktionsübergreifenden Konsens für den Entwurf erzielen können. Dies wäre ein wichtiges Signal für die zahlreichen Bürgerinnen und Bürger, die sich ehrenamtlich für die Belange ihrer Kommunen einsetzen und hierfür neben ihren beruflichen und familiären Verpflichtungen einen nicht unerheblichen Teil ihrer freien Zeit verwenden.

Änderungen im Polizeigesetz mit bundesweiter Einmaligkeit

Einstimmig erfolgte am Mittwoch (06.07.2016) nach parlamentarischer Debatte die Überweisung einer von SPD und Bündnis90/Die Grünen eingebrachten Gesetzesinitiative zur Änderung des Polizeigesetzes an den zuständigen Innenausschuss zur weiteren Beratung. Mit der Initiative sollen zwei Sachverhalte Gesetzeskraft erlangen, denen ein ausführlicher politischer Meinungsbildungsprozess vorausgegangen war:

- Die Einführung einer anonymisierten, aber individuellen Kennzeichnung für Polizistinnen und Polizisten in Bereitschaftspolizei- und Alarmeinheiten sowie
- die durch die Polizei mögliche Datenerhebung durch den Einsatz körpernah getragener Aufnahmegeräte, so genannter Body-Cams.

Mithilfe der anonymisierten individuellen Kennzeichnung wird eine nachträgliche Identifikation von Einsatzkräften bei Großeinsätzen durch Bereitschaftspolizei- und Alarmeinheiten erleichtert und das Vertrauen in die Kontrolle staatlichen Handelns erhöht. Denn in Einsatzanzügen sind die Einsatzkräfte für die Bürgerinnen und Bürger kaum unterscheidbar. Durch die Anonymisierung werden zugleich die Persönlichkeitsrechte der Polizei-beamtinnen und -beamten berücksichtigt. Es geht also um mehr Bürgernähe, mehr Transparenz polizeilichen Handelns und nicht etwa, wie die CDU mutmaßt, um einen Generalverdacht gegenüber polizeilichen Ein-
satzeinheiten.

Die Anschaffung so genannter Body-Cams für die Polizei mag auf den ersten Blick keine Neuigkeit sein, weil etliche andere Bundesländer und neuerdings auch die Bundespolizei bereits entsprechende Pilotprojekte gestartet haben. Erst mit genauerem Blick auf die rot-grüne Gesetzesinitiative erkennt man aber, dass sich der nordrhein-westfälische Ansatz deutlich von bisherigen Trageversuchen unterscheidet.

Das liegt nicht zuletzt daran, dass es für die SPD-Fraktion wichtig war, nicht nur wortreich auf Erfahrungen in anderen Bundesländern hinzuweisen – und dabei möglicherweise Schnellschüsse zu fabrizieren –, sondern sich auch in Gesprächen mit den Polizeibeamtinnen und -beamten vor Ort ein Bild über das Für und Wider von Body-Cams zu machen und sich über bisherige Erfahrungen auszutauschen.

Das Ergebnis ist nicht nur, dass bundesweit erstmalig ein Pilotprojekt mit Body-Cams für einen mehrjährigen Zeitraum wissenschaftlich begleitet wird, sondern – und dies ist völlig neu – Nordrhein-Westfalen wird das erste Land sein, welches Body-Cams mit Tonaufnahmen (!) und auch zur Nutzung in Wohnräumen gesetzlich absichert, also unabhängig von einem bestimmten Einsatzort einzusetzen, wenn in einer Situation eine Gefahr für sie oder Dritte droht. Dies ist der wesentliche Unterschied zu den bislang stark begrenzten Einsatzmöglichkeiten in anderen Bundesländern.

Andreas Kossiski, stellvertretender Vorsitzender des Innenausschusses dazu: „Für uns als SPD ging es vor allem darum, einen besseren Schutz unserer Polizei in den alltäglichen Einsatzsituationen, also auch in geschlossenen Räumen, herzustellen und dies nicht nur auf Brennpunkte im öffentlichen Raum zu beschränken.“

Weiterlesen:

Drucksache 16/12361

CDU übt sich in peinlicher Effekthascherei

Mit gelungener Oppositionspolitik ist das so eine Sache. Drei Möglichkeiten stehen zur Auswahl: Sie kann konstruktiv an der politischen Willensbildung im Parlament mitwirken, sie kann sich in bloßer destruktiver Kritik ergehen und alles Regierungshandeln schlechtreden oder aber, drittens, so tun, als wäre sie konstruktiv. Für die beiden letzten Varianten entschied sich die CDU-Landtagsfraktion zum wiederholten Male am Mittwoch (06.07.2016) mit einem Antrag zur Plenardebatte, der vielversprechend mit „Maßnahmenpaket zur Bekämpfung des Wohnungseinbruchsdiebstahls“ überschrieben war.

Aber wieder einmal begnügte sich die CDU mit Beschimpfungen („eklatantes Versagen der Landesregierung“, Schuld an steigenden Wohnungseinbrüchen habe Innenminister Ralf Jäger) oder mit abstrusen Vorschlägen, die Polizeipraktiker fassungslos machen. Schlimmer noch: Die Polizeibeamtinnen und –beamten, die zu einem Wohnungseinbruch-Tatort geschickt werden, würden laut CDU weder dafür geschult sein, noch könnten sie richtig einschätzen, „ob sie es mit dem Kelleraufbruch eines Beschaffungskriminellen oder der Serientat einer hochprofessionellen Bande zu tun haben“. Eine schallende Ohrfeige für Polizistinnen und Polizisten, die Tag für Tag mit hoher Professionalität ihre polizeilichen Einsätze wahrnehmen.

Kein Wunder, dass das CDU-Maßnahmenpaket mit Vorschlägen aufwartet, die zwar Aktionismus vortäuschen, am eigentlichen Phänomen des international steigenden Deliktsfeldes aber zielsicher vorbeigehen. Die Zahl der Ermittlungskommissionen müsse verdoppelt werden heißt es da unter anderem, als wären die Polizeipraktiker vor Ort nicht in der Lage, genau dies nicht einschätzen zu können.

Und wieder der alte CDU-Vorschlag, die so genannte „Schleierfahndung“, also die verdachts- und ereignisunabhängigen Personenkontrollen einzuführen. Und schließlich, man mag es kaum glauben, solle die Polizei sich weniger um Verkehrssicherheit und Raser im Straßenverkehr (Blitzmarathon) kümmern und stattdessen den Wohnungseinbruch bekämpfen. Als wären Verkehrstote kein Anlass für Polizeiarbeit.

Dass während der Debatte seitens der CDU wieder einmal Bayern als Musterbeispiel genannt wurde, entbehrte freilich nicht einer gewissen Tragik. Die Fakten belegen nämlich, dass sich Einbruchskriminalität nicht an den politischen Farben einer jeweiligen Landesregierung orientiert.

Von 2010 bis 2015 sind in Nordrhein-Westfalen die Einbruchszahlen um 39,3 Prozent gestiegen, in der gesamten Bundesrepublik um 37,7 Prozent und in Bayern um sage und schreibe 67,3 Prozent.

Tatsache ist, und darauf wiesen SPD-Redner Andreas Bialas wie auch Innenminister Ralf Jäger hin, dass in Nordrhein-Westfalen die Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls seit Jahren ein kriminalstrategischer Schwerpunkt ist. Dazu gehören örtliche und überörtliche Fahndungskonzepte wie zum Beispiel MOTIV, die intensivierete Bekämpfung mobiler und überregional agierender Intensivtäter der Eigentumskriminalität, aber auch die Präventionskampagne „Riegel vor“! Sicher ist sicherer.“ Gerade die seit Januar 2014 angebotenen Förderprogramme zur technischen Einbruchssicherung haben dafür gesorgt, dass inzwischen 43 Prozent aller Wohnungseinbrüche im Versuch stecken bleiben.

Einmal Abgeordneter sein - Jugend-Landtag 2016



Text von: Malika Jakobs (Andreas Kossiski) gemeinsam mit den weiteren MdJL: Shahwan Borto (Ingrid Hack), Merve Pamuk (Lisa Steinmann), Oskar Felix Kerscher (Martin Börschel), Tim Ollig (Gabriele Hammelrath), Leon Herrmann (Stephan Gatter), Yekta Senol (Jochen Ott) – im Bild mit Ingrid Hack und einem Jugend-MdL aus Hamm.

Zum 8. Mal hatten beim diesjährigen Jugend-Landtag 237 Jugendliche die Chance für drei Tage in die Rolle eines Abgeordneten zu schlüpfen. Dieses Projekt wird alljährlich vom Landtag veranstaltet um jungen Menschen im Alter von 16-20 das parlamentarische System näherzubringen.

Am 23.06. reisten auch die sieben Jugend-Landtagsabgeordneten, welche die sieben direkt gewählten SPD MdLs vertreten durften, in Düsseldorf an. Mit einer Rede der Landtagspräsidentin Carina Gödecke wurden die erwartungsvollen Jugendlichen im Plenarsaal begrüßt. Weiter ging es mit einer Führung der "Helfer", die in vorherigen Jahren an dem Planspiel teilgenommen hatten. Darauf folgte die erste Fraktionssitzung, in der auch die Vorsitzenden gewählt wurden. Anschließend konnten sich die Jugend-Landtagsabgeordneten (MdJL) beim Essen und der daran anknüpfenden Abendgestaltung im Hostel in Düsseldorf besser kennenlernen.

Der nächste Tag begann zeitig und brachte viele Fraktionssitzungen, Themen- und Ausschusssitzungen und sogar eine Expertenanhörung mit sich. Es ging von einer Sitzung in die nächste und schnell wurde den Jugendlichen klar, wie überaus anstrengend der Tag eines Abgeordneten ist.

- weiter geht's auf der nächsten Seite -

Der sogenannte parlamentarische Abend, an dem sie die echten Abgeordneten treffen und mit ihnen ein gemeinsames Abendprogramm genießen durften, rundete diesen Tag ab.

Der Höhepunkt des Wochenendes war die Plenarsitzung. Es wurden durch Redner die verschiedenen Positionen der Fraktionen dargestellt und anschließend über Anträge abgestimmt. Die Ergebnisse des Jugendlandtags waren die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre, ein verpflichtendes Politik-Projekt an Schulen, die Ermöglichung eines gesellschaftswissenschaftlichen Abiturs und das Bedingungslose Grundeinkommen. Mit einem freudigen Blick schauen die Jugendlichen auf das ereignisreiche Wochenende zurück; nun sind sie gespannt, was der echte Landtag aus den vorliegenden Beschlüssen machen wird.

Mir persönlich hat das Projekt viel Freude bereitet und die Möglichkeit gegeben mich in die Rolle eines Abgeordneten hinein zu versetzen. Zudem fand ich es beeindruckend zu sehen, dass sich, ganz entgegen der Meinung einiger, viele Jugendliche für Politik begeistern. Es freut mich, dass es noch andere Menschen in meinem Alter gibt, denen ihre Zukunft wichtig ist und die diese aktiv mitgestalten möchten.

Weiterlesen: [Jugendlandtag](#)

Waschbären und Katzen zu Gast im Landtag

In dieser Woche besuchten 55 Viertklässler aus der Waschbärenklasse und der Katzenklasse der Albert-Schweitzer-Gemeinschaftsgrundschule den Landtag.

Der Besucherdienst des Landtags bietet für Grundschulen ein besonderes, kindgerechtes Programm an. Den jungen Gästen ist erlaubt, was sonst Abgeordneten und Regierungsmitgliedern vorbehalten ist: Sie dürfen in den Plenarsaal. Spielerisch lernen sie dort die Regeln der Parlamentsarbeit kennen, bilden Fraktionen, wählen den oder die Vorsitzende und konstituieren das Landtagspräsidium.

Nachdem Spieler und Spielfeld besetzt waren, ging es kurz vor den großen Ferien los mit der Debatte zum Antrag „Schulferien verkürzen - schulische Bildung verbessern!“. Hier kam es zu einer fraktionsübergreifenden Einigung. Waschbären und Katzen lehnten den Antrag mehrheitlich ab.

Im anschließenden Gespräch ergaben sich viele Fragen. Besonders spannend war für meine jungen Gäste aus Köln-Weiss zu erfahren, wie man denn Abgeordnete/r werden kann. Erkennbar an den vielen Nachfragen schien der Weg als Einzelbewerber/in mit Unterschriftensammlung die deutlich interessantere Variante zu sein. Man darf gespannt sein, ob sich in einigen Jahren im Kölner Süden Einzelbewerbungen häufen...

Bevor es dann zurück nach Köln ging, stärkten sich SchülerInnen, Lehrerinnen und einige Eltern, die dankenswerterweise als Begleitung mitgekommen waren, im Landtagsrestaurant.

Das Grundschul-Programm ist nur eines von zahlreichen interessanten Angeboten des Landtags, jungen und nicht mehr so jungen Bürgerinnen und Bürgern Parlament und Politik, die vermeintlich so weit weg sind, nahe zu bringen.

Für alle Interessierten lädt der Landtag am letzten August-Wochenende (27.+28.8.) zum Tag der Offenen Tür ein – herzlich willkommen dazu schon jetzt!

Mehr Infos: [Die Albert-Schweitzer-Grundschule in Köln-Weiss](#)

Pressemitteilung des Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion, Norbert Römer MdL, vom 06.07.2016:

"Die Ministerpräsidentin mobilisiert Milliarden für die Schulen"

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) hat ein Milliarden-Investitionsprogramm "Gute Schule 2020" für die Kommunen angekündigt. Dazu erklärt Norbert Römer, Vorsitzender der SPD-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag:

"Das Programm der Ministerpräsidentin ist ein intelligentes Modell, mit der in Partnerschaft mit der NRW-Bank zwei Milliarden Euro für die Sanierung und den Ausbau von Schulen mobilisiert werden. Die SPD-Landtagsfraktion begrüßt das Konzept und unterstützt es ganz ausdrücklich. Dabei gibt es nur Gewinner: Die Kommunen profitieren, weil ihnen durch Übernahme der Tilgung durch das Land kostenlos Geld zur Verfügung gestellt wird. Und natürlich profitieren die Schülerinnen und Schüler. Für ihren Unterricht werden die Schulen im ganzen Land modernisiert.

Mit ihrem Konzept ‚Gute Schule 2020‘ unterstreicht Hannelore Kraft noch einmal, welch hohen Stellenwert die Bildung in der Politik der nordrhein-westfälischen Landesregierung genießt. Seit dem Jahr 2010 wurden 170 Milliarden Euro in die Bildung gesteckt - also rund 30 Prozent der Landesausgaben. Und die SPD hält Wort: Wir sind ein starker Partner für die Kommunen."

Sommerfest der SPD-Fraktion im Landtag



Vor der Sommerpause des Landtags lud die SPD-Fraktion auch in diesem Jahr wieder zu einem Sommerfest nach Düsseldorf ein. Auch wenn das Wetter nicht so richtig mitspielen wollte und es draußen vor sich hin nieselte, war die Stimmung drinnen im Landtagsgebäude bei den zahlreichen Gästen umso besser.

In jedem Fall gut vertreten beim Fest waren die Kölnerinnen und Kölner: Auf dem Gruppenbild zu finden, sind neben Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und den Kölner Landtagsabgeordneten etwa die Wirtschaftsdezernentin Ute Berg, Regierungspräsidentin Gisela Walsken, TV-Moderatorin Claudia Hessel, Finanzminister Norbert Walter-Borjans und viele, viele mehr!

Die Kölner SPD Landtagsabgeordneten - Wer ist zuständig für welche Fragen?

Falls Sie einmal eine weitergehende Frage haben sollten, wenden Sie sich gerne an unsere Abgeordneten persönlich. Bei allgemeinen Fragen wenden Sie sich bitte an das Gemeinschaftsbüro der Landtagsabgeordneten in der Magnusstraße 18b unter 0221- 99 55 99 74 oder per Mail an unsere Mitarbeiterinnen Judith Silbernagel (judith.silbernagel@landtag.nrw.de) oder Greta Schroers (greta.schroers@landtag.nrw.de)

Martin Börschel:

Verfassungskommission, Haushalts- und Finanzausschuss, stv. Vorsitzender PUA Silvesternacht 2015

Mail: martin.boerschel@landtag.nrw.de

Stephan Gatter:

Sprecher Haushaltskontrolle, Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Hauptausschuss, stv. Mitglied PUA Silvesternacht 2015

Mail: stephan.gatter@landtag.nrw.de

Ingrid Hack:

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend und stv. Vorsitzende des Integrationsausschuss - darüber hinaus ordentliches Mitglied im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss für Bauvorhaben unter Leitung des Bau- und Liegenschaftsbetriebes NRW, Vorsitzende Enquetekommission Zukunft der Familienpolitik in NRW

Mail: ingrid.hack@landtag.nrw.de

Gabriele Hammelrath:

Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung und Ausschuss für Schule und Weiterbildung

Mail: gabriele.hammelrath@landtag.nrw.de

Andreas Kossiski:

Stv. Vorsitzender Innenausschuss und Mitglied des Sportausschusses, Verfassungskommission, SPD-Obmann NSU-Untersuchungsausschuss

Mail: andreas.kossiski@landtag.nrw.de

Jochen Ott:

Stv. Vorsitzender der Fraktion und dort zuständig für den Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr sowie für den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Mail: jochen.ott@landtag.nrw.de

Lisa Steinmann:

Ausschüsse Kultur & Medien, Kommunalpolitik (stellv. Sprecherin) und Hauptausschuss, Vorsitzende der Ehrenamtskommission

Mail: lisa.steinmann@landtag.nrw.de